

Wahlprüfsteine für die Landtagswahl in Brandenburg 22. September 2024

Neue Hochschulverträge, ein novelliertes Landeshochschulgesetz, Empfehlungen des Wissenschaftsrats, Landtagswahlen: Im Jahr 2024 werden wichtige Weichen für die Entwicklung der Hochschulen im Land Brandenburg in den nächsten Jahren gestellt.

1. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine systematische und themenbezogene Einbindung der Hochschulen in ressortübergreifende Strategien zur Landesentwicklung¹ und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen sicherzustellen?
2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die gesetzliche und finanzielle Förderung von Innovationen in Studium und Lehre seitens des Landes zu erzielen.² Welche Position vertritt Ihre Partei zum Thema „Gebührenfreies Erststudium“?³
3. Zur Förderung der Forschungszusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) und anderen Stakeholdern zu gesellschaftlich relevanten Schwerpunktfeldern (z.B. Energiewende, Klimawandels, Mobilität, nachhaltige Landnutzung) sowie zur kooperativen Spitzenforschung im allgemeinen regt der Wissenschaftsrat die Auflage eines Programms zur Forschungsförderung durch das Land an (WR, S. 121). Inwieweit unterstützt Ihre Partei diese Empfehlung und wie sollte Ihrer Meinung ein solches Programm aussehen?
4. Welchen Beitrag leistet die Internationalisierung der Hochschulen nach Einschätzung Ihrer Partei für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg? Durch welche Maßnahmen plant Ihre Partei, die Internationalisierung der Hochschulen zu unterstützen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern?
5. Unterstützt Ihre Partei die Fortführung der „Hochschultreppe“ und wird sie sich für deren Weiterführung einsetzen? Hält Ihre Partei, einen Aufwuchs in Höhe von 5 Mio. € p.a. für ausreichend, um eine stabile, auf Mehrbedarfe reagierende Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen?

¹ „Aus Sicht des Wissenschaftsrats fehlt es bislang an ressortübergreifenden Strategien dazu, wie die Hochschulen im Zusammenwirken mit anderen Akteuren aus Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung zu übergreifenden Aufgaben wie etwa Weiterbildung, Sicherung des Fachkräftebedarfs, Internationalisierung sowie Digitaler Transformation von Wirtschaft und Verwaltung erfolgreich Beiträge leisten können.“ (WR, S. 177f.)

² „Dem Land empfiehlt der Wissenschaftsrat, Innovationen in Studium und Lehre gesetzlich und finanziell zu unterstützen. Hochschulen sollten neue Konzepte erproben können, ohne Sanktionen, finanzielle Nachteile oder die Zusammenlegung von Fächern und Standorten befürchten zu müssen. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Wissenschaftsrat seine Empfehlung, Neuerungen in Studium und Lehre nicht nur über Drittmittel zu ermöglichen, sondern hierfür Mittel in der Grundfinanzierung vorzusehen.“ (WR, S. 101)

³ § 5 Abs. 4 BbHG regelt „...Für ein Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und für ein Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Hochschulabschluss führt, werden Studiengebühren nicht erhoben.“

6. Die Unterfinanzierung und dysfunktionalen Prozesse im Hochschulbau sowie den immensen Instandsetzungs- und Reinvestitionsbedarf⁴ sieht der Wissenschaftsrat als ein wesentliches Entwicklungshemmnis für die brandenburgischen Hochschulen an. Wie plant Ihre Partei mit den drei zentralen Empfehlungen umzugehen:
- a) den Hochschulbau deutlicher als bislang als strategische Aufgabe der Wissenschaftspolitik zu verankern und eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen (WR, S. 11)
 - b) die Funktionsfähigkeit des Hochschulbaus insgesamt zu optimieren und dessen Stellenwert in der Wissenschaftspolitik deutlich zu stärken (WR, S. 85) sowie
 - c) ausgewählten Hochschulen die vollständige Bauherreneigenschaft zu übertragen (WR, S. 186).
7. Meinungsvielfalt und Diskurs kennzeichnen die Wissenschaft. Gleichzeitig tragen Hochschulen aber auch eine große gesellschaftliche Verantwortung. Daher positionieren sich die Brandenburgischen Hochschulen deutlich gegen antidemokratische Bewegungen und jede Form von Diskriminierung. Sie verstehen Diversität als Stärke und stehen für Offenheit und ein demokratisches Miteinander.
- a) In welcher Rolle sehen Sie die Hochschulen beim Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung?
 - b) Wie planen Sie, die Hochschulen bei ihrem Entstehen für Vielfalt, demokratische Werte und Schutz vor Diskriminierung – ggf. auch durch entsprechende Ressourcen – zu unterstützen?

⁴ Der Instandsetzungs- und Reinvestitionsbedarf beläuft sich nach Angaben des Landes auf der Grundlage von Berechnungen des HIS-Instituts für Hochschulentwicklung e. V. (HIS-HE) aktuell auf rd. 460 Mio. Euro (Stand 2022) und betrifft alle Hochschulen einschließlich der EUV. Ein Großteil entfällt jedoch auf die BTU (182 Mio. Euro) und die UP (153 Mio. Euro). (WR, S. 73)